

Organisationshandbuch

für den KV Darmstadt/Darmstadt-Dieburg



Impressum

Für den Inhalt verantwortlich:

Piratenpartei Deutschland, Kreisverband Darmstadt / Darmstadt-Dieburg

Postfach 11 12 01

64227 Darmstadt

vorstand@piratenpartei-darmstadt.de

Redaktion:

André De Stefano, Darmstadt

Florian Stascheck, Groß-Gerau

Gerhard Collmann, Darmstadt

Veröffentlicht 2012 unter Creative-Commons-Lizenz 3.0 by-nc (Nutzung unter Namensnennung für nichtkommerzielle Zwecke gestattet)

Die Redaktion begrüßt es ausdrücklich, wenn das vorliegende OHB von anderen Gliederungen der Piratenpartei, sowie von anderen Parteien und Vereinen als Vorlage für ein eigenes OHB genutzt wird, auch wenn eine kommerzielle Nutzung dadurch nicht ausgeschlossen werden kann. Im Zweifel bitte den KV DaDaDi unter den oben angegebenen Kontaktdaten kontaktieren.

Das OHB wurde in mühevoller ehrenamtlicher Tätigkeit von den oben genannten Mitgliedern der Piratenpartei erstellt. Bei Gefallen freut sich die Piratenpartei über eine Spende:

<http://wiki.piratenpartei.de/HE:Darmstadt/Spenden> (Piratenpartei KV DaDaDi)

<http://wiki.piratenpartei.de/Spenden> (Piratenpartei allgemein)

Inhalt

1	Vorbemerkungen	5
1.1	Grundsätzliches	5
1.2	Ziele des Organisationshandbuchs	5
1.3	Abkürzungsverzeichnis	5
2	Struktur	6
2.1	Bezeichnung und Logo	6
2.2	Einordnung des KV in die Gliederung der Piratenpartei Deutschland	6
2.3	Räumliche Struktur	7
2.4	Organe des Kreisverbands	7
2.5	Verteilung der Aufgabenfelder	7
2.6	Satzung	8
3	Administration durch den Vorstand	9
3.1	Der Vorstand	9
a)	Vorsitzender	9
b)	Stellvertretender Vorsitzender	9
c)	Schatzmeister	9
d)	Schriftführer	9
e)	Beisitzer	9
3.2	Vorstandsbeschlüsse	10
3.3	Aufgaben des Vorstands	11
a)	Allgemein	11
b)	Mitgliederverwaltung	12
c)	Finanzverwaltung	13
d)	Materialverwaltung	15
e)	Terminverwaltung	15
f)	Außendarstellung und Pressearbeit	15
g)	Vernetzung und innerparteiliche Kommunikation	16
h)	Ressourcenpool	16
3.4	Geschäftsordnung	16
4	Sitzungen und Berichte	17
4.1	Mitgliederversammlungen	17
4.2	Vorstandssitzungen	17
4.3	Arbeitstreffen	17
4.4	Stammtische	17
4.5	Protokolle	17
5	Operative Tätigkeitsfelder	18

5.1	Organisation und Durchführung von Workshops	18
5.2	Organisation und Durchführung von Infoständen	18
5.3	Entwurf von Infomaterial	18
5.4	Teilnahme an Wahlen	18
5.5	Campaigning	18
5.6	Organisation von sonstigen Veranstaltungen	19
6	Inhaltliche / politische Arbeit	20
6.1	Motivation	20
6.2	Kommunikationsmittel	20
	a) Mailingliste	20
	b) Piratenpad	20
	c) Mumble	20
6.3	Fraktionen	20
	a) Stavo-Fraktion	20
	b) Kreistags-Fraktion	20
6.4	AKs und Crews	20
	a) Kommunalpolitik-Crew	20
	b) Verkehrspolitik-Crew	20
	c) AK Bildung	20
6.5	Piraten-HSG Darmstadt	20

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Satzung des Kreisverbands Darmstadt / Darmstadt-Dieburg

Anlage 2: Geschäftsordnung des Kreisvorstands

1 Vorbemerkungen

1.1 Grundsätzliches

Das OHB spricht von DEM Piraten (und allen anderen Personenbeschreibungen) als wertneutralem Individuum. Es wird bewusst darauf verzichtet, alle biologisch möglichen Differenzierungsmerkmale der Menschheit in diesen Bezeichnungen zu berücksichtigen. Es steht jedem Leser frei, die entsprechende Bezeichnung gedanklich durch eine beliebige andere Bezeichnung zu ersetzen.

1.2 Ziele des Organisationshandbuchs

Das OHB soll den Piraten im KV DaDaDi als Unterstützung bei der innerparteilichen Organisation dienen. Alltägliche, regelmäßige und seltene Aufgaben sollen eindeutig definiert, Zuständigkeiten klar geregelt und Workflows verständlich und nachvollziehbar dargestellt sein.

Dadurch soll erreicht werden, dass sich die Piraten so wenig wie möglich mit sich selbst beschäftigen müssen und ihre Zeit und Energie so effektiv wie möglich für die politische, inhaltliche Arbeit einsetzen können.

Voraussetzung für einen reibungslosen Einsatz der hierin beschriebenen Definitionen und Abläufe ist die Kompetenz, die Motivation und die Zuverlässigkeit des oder der jeweils für die Aufgabe zuständigen Piraten.

1.3 Abkürzungsverzeichnis

BPT	Bundesparteitag
DaDaDi	Darmstadt / Darmstadt-Dieburg
DaDi	Darmstadt-Dieburg
GenSek	Generalsekretär
GO	Geschäftsordnung
OHB	Organisationshandbuch
KPT	Kreisparteitag
KV	Kreisverband
LPT	Landesparteitag
LV	Landesverband
PP	Piratenpartei
Stavo	Stadtverordnetenversammlung
VoSi	Vorstandssitzung

2 Struktur

2.1 Bezeichnung und Logo

Die offizielle Bezeichnung des KV lautet „Piratenpartei Deutschland, Kreisverband Darmstadt / Darmstadt-Dieburg“. Der KV setzt sich aus den beiden KV Darmstadt und Darmstadt-Dieburg zusammen, dessen Fusion im Jahr 2010 von beiden KPT beschlossen wurde.



Abbildung 1: Logo des KV Darmstadt / Darmstadt-Dieburg

Das Logo des KV wird Abbildung 1 dargestellt. Die Stadtsilhouette Darmstadts (von links nach rechts Kuppelkirche, Schloss, Langer Ludwig, Hochzeitsturm, Museum auf der Mathildenhöhe, Weißer Turm und Russische Kapelle) thront auf dem offiziellen Logo der Piratenpartei Deutschland. Das Logo kann auch ohne den Schriftzug „www.Piratenpartei-Darmstadt.de“ verwendet werden und steht unter <http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Logo-Darmstadt.png> zur Verfügung.

2.2 Einordnung des KV in die Gliederung der Piratenpartei Deutschland

Der KV Darmstadt / Darmstadt-Dieburg der Piratenpartei Deutschland ist ein untergeordneter Gebietsverband auf Kreisebene. Die übergeordneten Gliederungen sind der LV Hessen und darüber die Bundespartei (s. Abbildung 2).

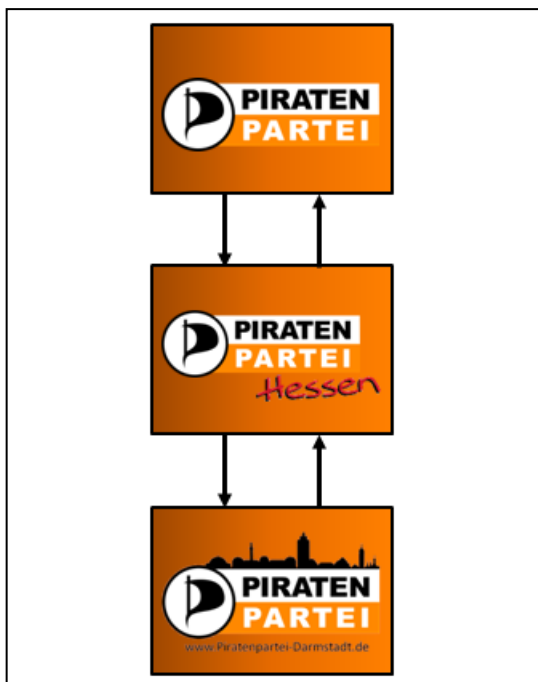


Abbildung 2: Gliederungsebenen in der Piratenpartei

- Aufgaben auf Bundesebene für den KV
- Aufgaben auf Landesebene für den KV
 - Mitgliederverwaltung
 - Finanzierung

2.3 Räumliche Struktur

Der Zuständigkeitsbereich des KV ist die Kreisfreie Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg. Die Räumliche Struktur wird in Abbildung 3 dargestellt.



Abbildung 3: Räumliche Struktur des KV Darmstadt / Darmstadt-Dieburg

2.4 Organe des Kreisverbands

- Kreisparteitag (Basis)
- Vorstand

2.5 Verteilung der Aufgabenfelder

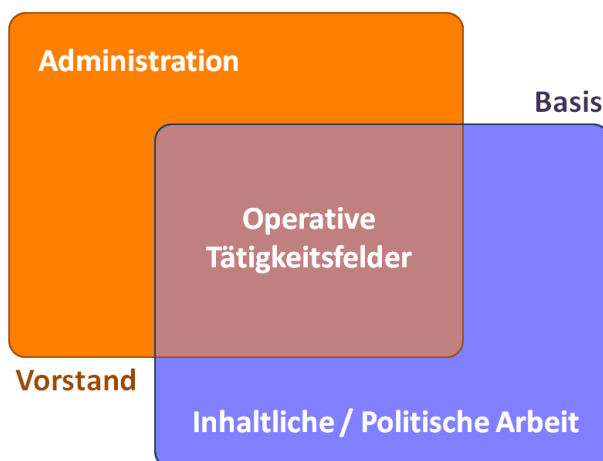


Abbildung 4: Verteilung der Aufgabenfelder im KV

2.6 Satzung

In der Satzung werden alle Sachverhalte beschrieben, die die Mitglieder unmittelbar betreffen. Neben dem gesetzlich geregelten Pflichtteil (Name, Sitz und Zweck) werden im „Soll“-Teil u.a. die Mitglieds-, Beitrags- und Versammlungsregelungen, sowie die Vorstandsbildung festgelegt.

Neben der Satzung gibt es auch andere Regelwerke, die allerdings nicht unmittelbar die Mitglieder betreffen, wie z.B. die GO des Vorstands.

Die aktuelle Satzung ist in Anlage 1 dargestellt. Alle Versionen der Satzung können unter <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Darmstadt/Kreisverband/Satzung> eingesehen werden.

3 Administration durch den Vorstand

3.1 Der Vorstand

Der Vorstand besteht zur Zeit aus fünf Mitgliedern des KV DaDaDi.

a) Vorsitzender



Name: André De Stefano

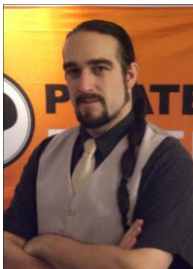
Alter: 31

Wohnort: Darmstadt

Pirat seit: 2009

Stichworte: Darmstädter OB-Kandidat 2011, Verkehrsexperte

b) Stellvertretender Vorsitzender



Name: Björn Nikolaus Semrau

Alter:

Wohnort: Darmstadt

Pirat sei: 2006

Stichworte: Gründungsmitglied der PP Deutschland

c) Schatzmeister



Name: Gerhard Collmann

Alter:

Wohnort: Darmstadt-Wixhausen

Pirat seit:

Stichworte:

d) Schriftführer



Name: Rüdiger Geib

Alter:

Wohnort: Darmstadt-Eberstadt

Pirat seit:

Stichworte:

e) Beisitzer



Name: Florian Stascheck

Alter:

Wohnort: Groß-Gerau

Pirat seit: 2011

Stichworte:

3.2 Vorstandsbeschlüsse

Jedes Mitglied im KV DaDaDi ist berechtigt, einen Antrag an den Vorstand zu stellen. Diese werden wie in der GO des Vorstands beschrieben entweder schriftlich oder im Rahmen einer VoSi mündlich an den Vorstand gerichtet. In Abbildung 5 ist der Standardablauf für einen Vorstandsbeschluss dargestellt.

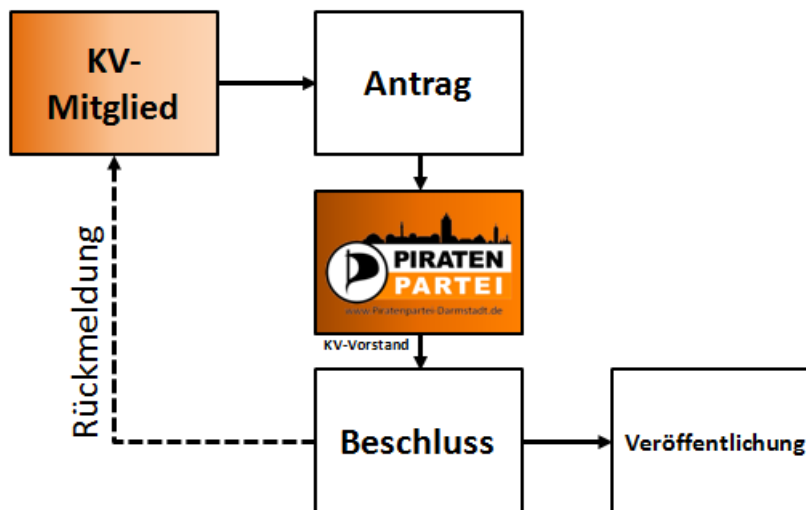


Abbildung 5: Ablauf eines Vorstandsbeschlusses

Unter <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Darmstadt/Kreisverband/Umlaufbeschl%C3%BCsse> können standardisierte Umlaufbeschlüsse beantragt werden. In Abbildung 6 sind die Eingabemas-
ken für die Erstellung eines neuen Umlaufbeschlussantrags im Piraten-Wiki dargestellt.

Umlaufbeschluss beantragen

[\[Bearbeiten\]](#)

Für Anträge, über die der gesamte Vorstand zu befinden hat:

[Neuen Umlaufbeschlussantrag erstellen](#)

Sollte ein Antrag strittig sein und viel Diskussionspotential beherbergen und sollte er nicht eilig sein, ist er auf einer Vorstandssitzung besser aufgehoben. Wenn ein Antrag abgelehnt wird, traue Dich ruhig, auf einer Vorstandssitzung noch einmal dieses Thema anzuregen, dort können dann auch eventuell auftretende Missverständnisse geklärt werden.

```

== Antrag ==
<!-- Hier einfach nur die Felder der Vorlage ausfüllen -->
{{Beschlussantrag_Darmstadt
|Typ = Umlaufbeschluss
|Datum = {{subst:#titleparts: {{subst:PAGENAME}} | 1 | -2}}
|Nummer = {{subst:#titleparts: {{subst:PAGENAME}} | 2 | -2}}
|Titel = (Titel)
|Text = (Text)
|Begründung = (Begründung)
|Antragssteller = (4 Tilden)
|Dafür = (Liste von Namen)
|Dagegen = (Liste von Namen)
|Enthaltung = (Liste von Namen)
|Ergebnis = offen <!-- (angenommen, abgelehnt, zurueckgezogen) -->
|Umsetzungsverantwortlich = -
|Vertagt =
}}

== Diskussion / Protokoll ==
<!-- Hier kann die Diskussion aus der Vorstandssitzung etc. festgehalten werden -->
  
```

Abbildung 6: Eingabemas-
ken für die Erstellung eines neuen Umlaufbeschlussantrags

Nach dem Klick auf „Neuen Umlaufbeschlussantrag erstellen“ wird eine neue Wiki-Seite ange-
legt, die nach aktuellem Datum und laufender Nummerierung automatisch benannt wird. Als

angemeldeter Nutzer des Piraten-Wikis gelangt man nun auf die Bearbeitungsseite des Umlaufbeschlussantrags, auf der man folgende Eingaben tätigen muss:

- Titel: Kurzer, prägnanter Name des Umlaufbeschlussantrags
- Text: Konkreter Entscheidungsauftrag an den Vorstand (Beginnt üblicherweise mit „Der Vorstand möge beschließen, dass...“)
- Begründung: Stichhaltige Begründung, um dem Vorstand die Zustimmung zu erleichtern
- Antragsteller: Der Name des Antragstellers. Mit der Eingabe „~~~“ wird automatisch der Anmeldenamen des Nutzers angezeigt, mit „~~~~“ der Anmeldenamen und zusätzlich das aktuelle Datum und die aktuelle Uhrzeit.

Alle weiteren Eingaben in der Maske werden durch die Vorstandsmitglieder getätigt.

Ein Beschluss muss vom Vorstand generell mit absoluter Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder getroffen werden. Bei finanzrelevanten Anträgen bedarf es außerdem der Zustimmung von mindestens zwei der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder (Vorsitzender, Stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister). Weitere Rahmenbedingungen bei finanzrelevanten Beschlüssen werden im folgenden Abschnitt unter „Finanzverwaltung“ beschrieben.

Alle Anträge sowie die Vorstandsbeschlüsse werden im Rahmen transparenter Politik allgemein veröffentlicht. Über die Art der Veröffentlichung entscheidet der Vorstand im Einzelfall.

3.3 Aufgaben des Vorstands

a) Allgemein

Die Mitglieder des Vorstands teilen sich sinnvollerweise die Aufgaben untereinander auf.

Die Finanzverwaltung wird laut Satzung immer von dem vom KPT gewählten Schatzmeister übernommen. Der vom KPT gewählte Schriftführer fertigt ebenfalls grundsätzlich die Protokolle auf Kreisebene an. Alle anderen Aufgaben werden frei unter den Vorstandsmitgliedern aufgeteilt oder von diesen an andere Personen delegiert.

Die Verantwortung für eine Aufgabe wird immer nur von einer Person übernommen und kann bei Bedarf jederzeit vom Vorstand neu vergeben werden. Es steht dem Verantwortlichen frei, weitere Personen zur Bewältigung der Aufgabe hinzuzuziehen.

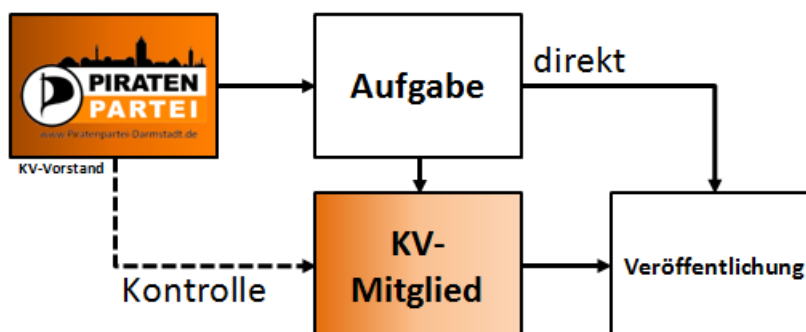


Abbildung 7: Ablauf der Aufgabenverteilung

In Abbildung 7 ist der Standardablauf für die Delegation einer Aufgabe des KV-Vorstands dargestellt. Delegierte Aufgaben sollten regelmäßig vom Vorstand kontrolliert werden, um eine zuverlässige Durchführung sicherstellen zu können. Der Verantwortliche für eine Aufgabe wird, möglichst mit Kontaktdaten, öffentlich (z.B. auf der Homepage des KV) bekannt gegeben.

b) Mitgliederverwaltung

Allgemein

Der Verantwortliche für die Mitgliederverwaltung wird auch als GenSek bezeichnet. Aufgabe ist die Pflege der Mitgliederdatenbank sowohl im KV als auch anteilig für den KV im LV.

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist generell ein zu schützendes privates Datum. Dementsprechend werden alle Mitgliederdaten vertraulich behandelt und nur per Post oder verschlüsselter E-Mail versendet. Partei-Ein- und Austritte werden ebenfalls nicht öffentlich bekannt gegeben, außer auf ausdrücklichen Wunsch des betroffenen Mitglieds.

Partei-Eintritt

In Abbildung 8 ist der Ablauf zur Aufnahme eines neuen Mitglieds dargestellt. Mitgliedsanträge können schriftlich entweder an den LV oder direkt an den KV gestellt werden. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der KV-Vorstand per Beschluss.

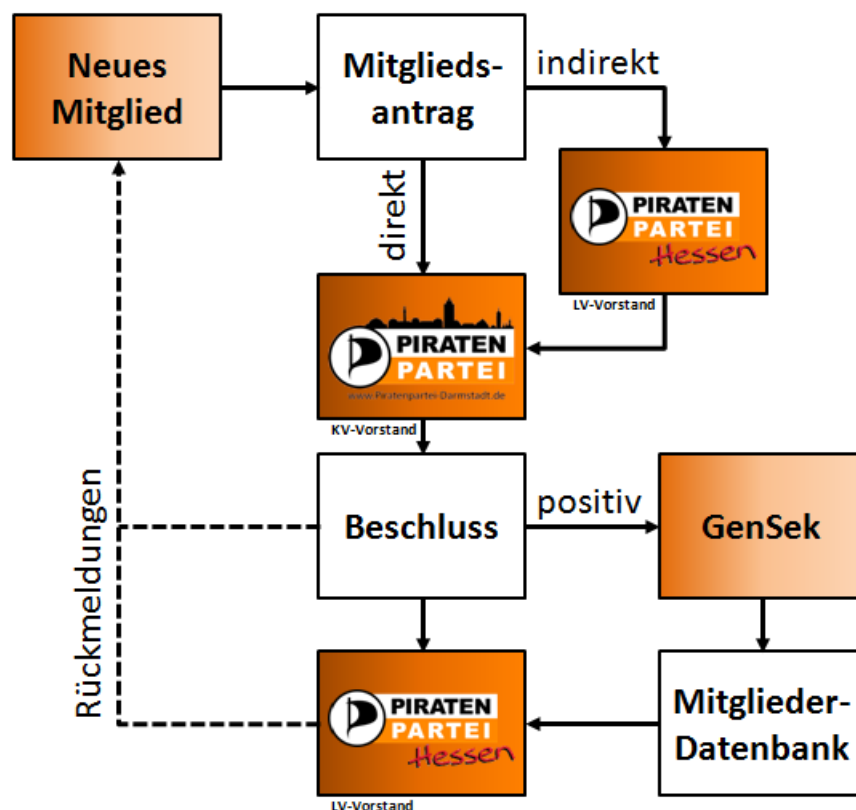


Abbildung 8: Ablauf zur Aufnahme eines neuen Mitglieds in den LV

Der Antragsteller und der LV werden in jedem Fall über den Beschluss informiert. Bei positivem Beschluss nimmt der GenSek die Anmeldedaten des neuen Mitglieds in die Mitgliederdatenbank auf und sendet den Datensatz an den GenSek des LV. Der LV meldet sich unabhängig vom KV ebenfalls beim neuen Mitglied.

Partei-Austritt

Ein Austrittsantrag kann ebenfalls schriftlich entweder an den LV oder direkt an den KV gestellt werden. Ein Austritt ist sofort und ohne Beschluss wirksam. Der GenSek löscht den entsprechenden Datensatz vollständig aus der Mitgliederdatenbank und teilt den Austritt dem GenSek des LV mit.

Wohnortwechsel oder sonstige Datenänderung

Wenn ein Mitglied einen Umzug oder eine sonstige Änderung seiner Daten anmeldet, erfolgen die in Abbildung 9 dargestellten Schritte.

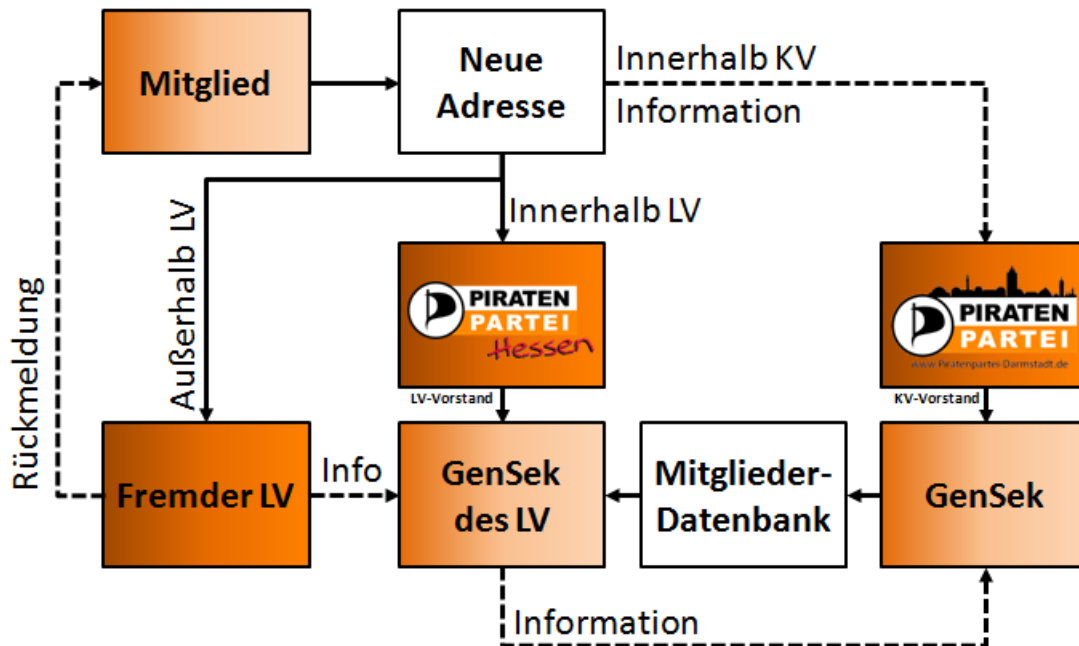


Abbildung 9: Ablauf bei Wohnortwechsel eines Mitglieds

Bei einem Wohnortwechsel innerhalb des KV oder bei sonstigen Änderungen von Daten ohne Wohnortwechsel wird das Mitglied gebeten, die entsprechenden Änderungen dem GenSek des KV mitzuteilen, damit er diese in die Datenbank einpflegen kann. Dieser teilt die Änderungen auch dem GenSek des LV mit.

Bei einem Wohnortwechsel aus dem KV heraus aber innerhalb des LV übernimmt der GenSek des LV oder, wenn vorhanden, der GenSek des neuen KV die Änderung der Mitgliederdaten. Dieser informiert den GenSek des KV DaDaDi über die Änderungen. Dieser löscht den Datensatz des betroffenen Mitglieds vollständig.

Bei einem Wohnortwechsel aus dem LV heraus übernimmt der GenSek des entsprechenden LV die Mitgliederdaten in seine eigene Mitgliederdatenbank und teilt dem LV Hessen die Änderungen mit. Dieser wiederum informiert den GenSek des KV DaDaDi über die Änderungen. Der Datensatz des betroffenen Mitglieds wird in diesem Fall ebenfalls vollständig gelöscht.

c) Finanzverwaltung

Mitgliedsbeiträge

Mitgliedsbeiträge werden weiterhin vom LV Hessen organisiert

Wenn mehr als 36 Euro Beitrag überwiesen wird, muss der Mehrbetrag als Spende ausgewiesen werden, wenn dieser Betrag an den KV überwiesen werden soll.

Für Anträge auf Ermäßigung des Mitgliedsbeitrages ist der Schatzmeister des KV zuständig. Weiteres kann in der GO geregelt werden

Für die Akkreditierung zum KPT gilt die am letzten Banktag erzeugte Mitgliederliste, welche vom LV zur Verfügung gestellt wird.

Spenden

Allgemein

Parteispenden sind was ganz tolles. Denn bis zu einer bestimmten Grenze bekommen wir für jeden Euro Spende an die Partei nochmal einen Euro vom Staat obendrauf.

Spenden sollen auf unser Konto überwiesen werden. Unter Verwendungszweck ist anzugeben:

1. Name und Mitgliedsnummer (wenn kein Mitglied komplette Adresse)
2. Adressat der Spende wenn es nicht der KV Darmstadt ist
3. Eine Zweckbindung der Spende ist nicht mehr notwendig

Fundraising

Zu bestimmten Anlässen

Zweckfreiheit:

- Mit Ihrer Spende unterstützen Sie unsere Ideen und Ideale. Sie sind nicht der Preis für die Erfüllung spezifischer Wünsche.

Verwendung:

- Wir Piraten verwenden Ihre Spende ausschließlich so, wie es die Mitglieder des Landesverbandes Hessen in Programm und Satzung festgelegt haben oder zukünftig festlegen werden.

Abrechnung:

- Wir Piraten halten uns sowohl bei der Verwendung Ihrer Spende als auch bei deren Dokumentation an alle geltenden Gesetze und Vorschriften. Wir erlauben uns dabei keinen Interpretationsspielraum oder eine kreative Optimierung.
- Wir vermischen Ihre Spenden und deren Abrechnung niemals mit irgendwelchen anderen Einnahmen aus unserer Parteiarbeit.

Unmittelbarkeit:

- Wir Piraten verpflichten uns dazu, Ihre Spende unmittelbar und direkt für die Arbeit der Piratenpartei zu verwenden. Eine Verwendung Ihrer Spende für andere Zwecke schließen wir aus. Dieses dokumentieren wir mit der öffentlich einsehbaren Abrechnung Ihrer Spende.

Respekt ihrer Privatsphäre:

- Wir respektieren Ihr Recht auf Privatsphäre. Wir lehnen eine von Ihnen nicht gewünschte Werbung als Spender durch die Piratenpartei ab. Sie werden von uns nur durch unsere Fundraisingbeauftragten angesprochen. Diese koordinieren auch Ihren Wunsch, nicht als Spender umworben zu werden. Wir halten diesen Wunsch vertraulich.
- Losgelöst davon müssen und werden wir jede Spende gemäß gesetzlicher Bestimmungen oder unserer Satzung – entsprechend dieser auch namentlich, sofern notwendig – veröffentlichen.

Steuererklärung und Aktivitäten

Finanzrelevante Vorstandsbeschlüsse

1. Das Konto muss genügend gedeckt sein, um Beschlüsse zu fassen
2. Es wird ein Antrag an den Vorstand gestellt
3. Der Vorstand prüft und beschließt die Ausgabe und der Beschluss muss schriftlich festgehalten und unterschrieben sein
4. Rechnung wird auf die PP ausgestellt und geht an die PP KV Darmstadt
5. Der Schatzmeister überweist den Betrag

d) Materialverwaltung

...den Flyer zu drucken, indem er für eine vernünftige Auflage (2 Wochen vor dem nächsten Bundesparteitag noch mal 500 Grundsatzprogramme zu drucken ist **nicht** sinnvoll, 2 Wochen nach einem BPT schon eher) die Druckkosten übernimmt & die Flyer bestellt.

Natürlich kann ein Pirat auch selber die Flyer bezahlen, aber einerseits hängt das mit der unter >Spenden beschriebenen Problematik zusammen und andererseits ist es die Aufgabe des Kreisvorstandes, Piraten den Rücken freizuhalten bei der Politik, damit sich jeder voll auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren kann.

e) Terminverwaltung

Termine werden in den Google Kalender eingetragen. Sie werden rechtzeitig vorher (einige Wochen bei nicht regelmäßigen Terminen bzw. bei regelmäßigen Terminen bei Änderungen des Rhythmus) auf der Ankündigungsliste und der Darmstadt-Liste angekündigt. Am Tag des Termins selber oder kurz vorher kann nochmal eine Erinnerung verschickt werden, bei wichtigen Terminen sollte dies passieren.

Wichtige Fristen (siehe ->Teilnahme an Wahlen) müssen in Erfahrung gebracht werden. Dies geschieht meistens auf der Ebene auf der die Wahlen stattfinden (Landtagswahl -> LV). Hier ist auf Kreisebene also besonders auf Kommunalwahlen zu achten. An Fristen, wo Piraten etwas tun müssen (besonders: Wo der Kreisverband etwas tun muss), muss erinnert werden. Sollte die Arbeit, die bis zur Frist notwendig ist, hoch sein, muss die Erinnerung entsprechend vorher sein (Beispiel: Unterstützerunterschriften, für 10 Unterschriften kann man hier mit einem Tag Aufwand rechnen, bei 300 notwendigen Unterschriften sollte also **mindestens** einen Monat vorher erinnert werden).

f) Außendarstellung und Pressearbeit***Allgemein******Erreichbarkeit***

Anfragen von Bürgern/Presse etc.

Einladungen

Email-Adresse (VS und einzeln)

Postfach

Fax

Telefonnummer

Visitenkarten

Pressesprecher

Homepage

g) Vernetzung und innerparteiliche Kommunikation

Eine wichtige Aufgabe des Vorstandes ist es, den Überblick zu behalten. Einerseits den Überblick über das, was in seiner Gliederung passiert aber auch den Überblick, was andere Gliederungen machen. Auf Bundesebene gibt es die Vorstände-ML, über die Sachen geschickt werden, die potentiell für alle Vorstände interessant sind. Diese Sachen sollten mindestens 1-2 Personen aus dem Vorstand lesen um informiert zu bleiben. Wenn Piraten, egal ob Vorstand oder nicht, entdecken, dass Arbeit doppelt getan wird, ist es sinnvoll, zusammenzuarbeiten. Der Vorstand kann dabei als Katalysator dienen indem er Angebote zum Arbeiten schafft.

Wiki

h) Ressourcenpool

3.4 Geschäftsordnung

Die aktuelle Geschäftsordnung des KV-Vorstands ist in Anlage 2 dargestellt.

Unter <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Darmstadt/Kreisverband/Gesch%C3%A4ftsordnung> können alle Versionen der Geschäftsordnung eingesehen werden.

4 Sitzungen und Berichte

4.1 Mitgliederversammlungen

4.2 Vorstandssitzungen

4.3 Arbeitstreffen

4.4 Stammtische

Stammtische müssen als ->Termine bekannt gegeben werden.

Für einen Stammtisch muss eine Räumlichkeit reserviert werden. Außerdem sollte sich drum gekümmert werden, dass eine oder mehrere Flaggen o.ä. am Stammtisch vorhanden sind. Diese kann als Wegweiser zum Raum oder als Raumdekoration nutzen.

4.5 Protokolle

5 Operative Tätigkeitsfelder

5.1 Organisation und Durchführung von Workshops

5.2 Organisation und Durchführung von Infoständen

Für Infostände braucht man Leute und Material (und gutes Wetter, bei zu schlechtem Wetter kann man die Zeit meist sinnvoller nutzen, z.B. durch programmatische Arbeit). Damit man andere Piraten findet, die einen Infostand mitmachen, sollte man mindestens mal eine Woche vorher ankündigen, dass man vorhat, einen Infostand zu machen.

An Material braucht man einmal das dauerhafte Material wie Pavillon, Tisch, Flagge etc. und dann Flyer und andere Give-Aways. Der Kreisverband hat einen Vorrat an Flyern, der extra für Infostände o.ä. da ist. Deshalb fragt man am Besten frühzeitig (ca. 2 Wochen vorher) beim Kreisvorstand oder dem Materialwart nach, ob noch genug Flyer vorhanden sind; sollte dies nicht der Fall sein, kann noch nachbestellt werden.

Außerdem braucht man für den Infostand eine Genehmigung. Das genaue Verfahren ist je nach Ort unterschiedlich, einige allgemeine Sachen lassen sich jedoch sagen:

Meistens ist das Ordnungsamt zuständig für diese Sachen, wenn es nicht zuständig ist, fragt man sich bei der Gemeinde durch und notiert sich am Besten den Ansprechpartner, um es beim nächsten Mal einfacher zu haben

Dann bekommt man eine (meist schriftliche) Genehmigung, für diese wird oftmals eine Gebühr verlangt, dazu gleich mehr.

Wenn die Behörden es komisch finden, dass kein Vorstandsmitglied den Infostand anmelden will sondern einfach irgendein Pirat, dann hilft vielleicht die Formulierung, man sei vom Vorstand beauftragt. Wenn der Vorstand von den Plänen des Infostandes weiß und sich nicht dagegen wehrt, kann man faktisch von einer Beauftragung ausgehen.

Um die Gebühren zu umgehen, werden Infostände oft als Mahnwachen oder Demonstrationen angemeldet. Demonstrationen kann man sogar als Spontandemo anmelden. Hierbei gelten aber auch Auflagen, die von Ort zu Ort unterschiedlich sind und über die man sich auch informieren sollte (darf ich Flyer verteilen? darf ich auf Nachfrage einen Mitgliedsantrag rausgeben? darf ich einen Pavillon aufbauen?).

5.3 Entwurf von Infomaterial

Wenn ein Pirat eine Idee für einen Flyer hat...

5.4 Teilnahme an Wahlen

5.5 Campaigning

5.6 Organisation von sonstigen Veranstaltungen

6 Inhaltliche / politische Arbeit

6.1 Motivation

6.2 Kommunikationsmittel

a) Mailingliste

b) Piratenpad

c) Mumble

6.3 Fraktionen

a) Stavo-Fraktion

b) Kreistags-Fraktion

6.4 AKs und Crews

a) Kommunalpolitik-Crew

b) Verkehrspolitik-Crew

c) AK Bildung

6.5 Piraten-HSG Darmstadt

Anlage 1

Satzung des Kreisverbandes Darmstadt / Darmstadt-Dieburg

I. Zweck und Mitgliedschaft

§1 Zweck

(1) Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes. Sie vereinigt Piraten ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit mitwirken wollen. Totalitäre, diktatorische und faschistische Bestrebungen jeder Art lehnt die Piratenpartei Deutschland entschieden ab.

(2) Die im Kreisverband organisierten Mitglieder werden geschlechtsneutral als "Piraten" bezeichnet.

§2 Mitgliedschaft

(1) Mitglied der Partei können nur natürliche Personen sein.

(2) Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt.

(3) Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland und bei einer anderen (mit ihr im Wettbewerb stehenden) Partei oder Wählergruppe ist nicht ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft in einer Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der Piratenpartei Deutschland widerspricht, ist nicht zulässig.

(4) Wird der Aufnahmeantrag nicht innerhalb eines Monats beschieden oder abgelehnt, so kann der Bewerber die Entscheidung des Landesvorstandes beantragen. Bei der Ablehnung eines Aufnahmeantrages, die schriftlich durch eingeschriebenen Brief erfolgen muss, ist der Bewerber auf die Möglichkeit der Rechtsmittel hinzuweisen.

§3 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Über den Aufnahmeantrag, der eine Anerkennung der Grundsätze und der Satzung der Partei enthalten muss, entscheidet der Kreisvorstand. Ein Ortsvorstand kann die Mitgliedsaufnahme an den Kreisvorstand delegieren.

(2) Über Aufnahmeanträge ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von einem Monat nach Antragstellung zu entscheiden. Die Entscheidung kann auch, falls der Kreisvorstand in dieser Zeit nicht tagt, im Umlaufverfahren eingeholt werden, wobei über 50% der Kreisvorstandsmitglieder zugestimmt haben müssen.

(3) Bei Wohnsitzwechsel wird der Pirat dem Kreisverband des neuen Wohnsitzes überwiesen. In Ausnahmefällen kann der Pirat auf seinen Antrag hin mit der Zustimmung des betroffenen Kreisverbands Mitglied in einem Kreisverband sein, in dem er keinen Wohnsitz hat. Besteht am neuen Wohnsitz des Piraten kein Kreisverband wird er Mitglied des übergeordneten Gebietsverbandes.

§4 Rechte und Pflichten der Piraten

Jeder Pirat hat das Recht und die Pflicht, im Rahmen dieser Satzung die Zwecke der Piratenpartei Deutschland zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei zu beteiligen.

§5 Beitragspflicht

Die Piraten sind zur Beitragszahlung verpflichtet. Die Höhe der Beitragspflicht richtet sich nach der Finanzordnung der Piratenpartei Deutschland.

§6 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, rechtskräftigen Verlust oder Aberkennung der Amtsfähigkeit, Wählbarkeit oder des Wahlrechts oder nach Ausschluss nach § 6 der Landessatzung

(2) Der Austritt ist gegenüber dem Kreisverband schriftlich zu erklären. Er wird mit Eingang der Austrittserklärung beim Kreisvorstand wirksam. Die Vorstände der Ortsverbände, die die Verwaltung der Mitglieder nach §3(1) an den Kreisvorstand delegiert haben, sind daher verpflichtet, bei ihnen eingegangene Austrittserklärungen, egal in welcher Form, unverzüglich schriftlich dem Kreisvorstand zu melden.

(3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft ist der Mitgliedsausweis zurückzugeben.

(4) Die kommunalen Fraktionen der Partei sollen einen rechtskräftig ausgeschlossenen oder einen ausgetretenen Piraten aus den Gruppen ausschließen.

§7 Ordnungsmaßnahmen

Für Ordnungsmaßnahmen und den Ausschluss und die Wiederaufnahme eines rechtskräftig ausgeschlossenen Piraten gelten die Landessatzung und die Landesschiedsordnung.

II. Gliederung

§8 Kreisverband

(1) Der Kreisverband Darmstadt der Piratenpartei Deutschland ist ein untergeordneter Gebietsverband auf Kreisebene. Er führt den Namen "Piratenpartei Deutschland, Kreisverband Darmstadt/Darmstadt-Dieburg".

(2) Das Tätigkeitsgebiet des Kreisverbands ist die kreisfreie Stadt Darmstadt sowie der Landkreis Darmstadt-Dieburg. Sitz des Kreisverbands ist Darmstadt.

(3) Der Kreisverband kann jederzeit wieder in separate Kreisverbände aufgeteilt werden. Der ordentliche Kreisparteitag hat jedes Jahr eine entsprechende Abstimmung vorzusehen, wobei die Mitglieder mit Wohnsitz in der kreisfreien Stadt Darmstadt und die Mitglieder mit Wohnsitz im Landkreis Darmstadt-Dieburg getrennt abstimmen. Spricht sich eine der Gruppen mit einer einfachen Mehrheit für die Auflösung in separate Kreisverbände aus, so ist diese zu vollziehen. Finanzmittel und Verbindlichkeiten gehen entsprechend der Anzahl der jeweiligen Mitglieder anteilig auf die Kreisverbände über.

§9 Gliederungen des Kreisverbandes

Die Gliederung des Kreisverbandes wird durch die Satzungen übergeordneter Verbände geregelt.

III. Die Organe des Kreisverbandes

§10 Organe

(1) Organe des Kreisverbandes sind dem Rang nach: Kreisparteitag Kreisvorstand

§11 Kreisparteitag

(1) Der Kreisparteitag ist das oberste Organ des Kreisverbandes. Er ist als ordentlicher oder außerordentlicher Kreisparteitag einzuberufen.

(2) Die Abstimmungen des Kreisparteitages sind für alle Gliederungen des Kreisverbandes und die Mitglieder bindend.

(3) Kreisparteitage werden als Mitgliederparteitage durchgeführt. Stimmberechtigt sind nur im Kreisverband geführte Mitglieder, soweit sie am Kreisparteitag mit der Beitragszahlung nicht mehr als drei Monate im Rückstand sind. Das Stimmrecht kann nicht übertragen werden.

(4) Der ordentliche Kreisparteitag findet einmal im Kalenderjahr statt und ist durch Beschluss des Kreisvorstandes vom Vorsitzenden mit einer Frist von zwei Wochen unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Als Einberufungsfrist gilt das Datum des Poststempels der Einladung an die Mitglieder.

(5) Außerordentliche Kreisparteitage werden einberufen durch Beschluss des Kreisvorstandes, oder auf Antrag von mindestens zehn Prozent der Mitglieder (mindestens jedoch zehn Mitglieder), die der Kreisverband in dem Monat vor dem Einberufungsantrag als beitragspflichtig gemeldet hat. Der Antrag ist zu begründen und bedarf der Schriftform. Der Kreisvorstand muss unter Bekanntgabe der Tagesordnung und einer Einberufungsfrist von 14 Tagen den außerordentlichen Kreisparteitag schriftlich einberufen.

(6) Der außerordentliche Kreisparteitag ist nur dann beschlussfähig, wenn die Gesamtanzahl aller akkreditierten Mitglieder die doppelte Anzahl der akkreditierten Vorstandsmitglieder übertrifft.

§ 12 Aufgaben des Kreisparteitages

(1) Die Aufgaben des Kreisparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen der Partei im Kreisverband.

(2) Die Tagesordnung des ordentlichen Kreisparteitages hat in jedem Jahr vorzusehen: a) den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes b) Den nach den Vorschriften des Parteigesetzes aufgestellten und geprüften Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters c) Antragsberatungen und Beschlussfassungen d) Entlastung des Kreisvorstandes auf Empfehlung der Rechnungsprüfer e) Wahl des Kreisvorstandes und f) Wahl von mindestens zwei Rechnungsprüfern.

(3) Anträge zur Behandlung auf dem Kreisparteitag sind unter Angabe des Antragstellers in Textform einzureichen. Satzungs- und Programmänderungsanträge bedürfen einer Antragsfrist von 7 Tagen. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Kreisverbandes, sowie der Kreisvorstand, die Ortsverbände und die zugehörige Gliederung der Jungen Piraten.

(4) Anträge, die zwischen Antragsfrist und Eröffnung des Kreisparteitages gestellt werden (Dringlichkeitsanträge) sind zuzulassen, wenn der Kreisparteitag zustimmt. Der Antragsteller muss die Dringlichkeit begründen.

(5) Gestrichen.

(6) Gestrichen.

(7) Die Wahlen des Kreisvorstandes sind schriftlich und geheim. Die Wahl der Rechnungsprüfer wird offen durchgeführt, wenn sich nicht mehr als zwei Bewerber stellen. Sind mehr als zwei Bewerber vorhanden, ist diese Wahl schriftlich und geheim durchzuführen.

(8) Kreisparteitage sind grundsätzlich öffentlich. Auf Antrag des Kreisvorstandes kann der Kreisparteitag mit Mehrheit der anwesenden Teilnehmer die Öffentlichkeit von der Teilnahme insgesamt oder bei bestimmten Tagesordnungspunkten ausschließen. Durch Beschluss des Kreisparteitages kann jederzeit die Öffentlichkeit wieder hergestellt werden.

§13 Geschäftsordnung des Kreisparteitages

(1) Der Kreisparteitag kann sich selbst mit einfacher Mehrheit eine Geschäftsordnung geben, die die Bestimmungen dieses Paragraphen ergänzt.

(2) Der Kreisparteitag wird vom Kreisvorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter eröffnet und bis zur Wahl eines Versammlungsleiters geleitet.

(3) Ein ordnungsgemäß einberufener Kreisparteitag ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben, wenn die Hälfte der bei Beginn des Parteitages festgestellten Zahl der anwesenden Mitglieder unterschritten wird. In diesem Fall ist der Kreisparteitag vom Versammlungsleiter zu schließen.

(4) Die Feststellung der Beschlussfähigkeit kann von einem Drittel der noch anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer beantragt werden.

(5) Sämtliche Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht satzungsgemäß etwas anderes bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(6) Über den Kreisparteitag, die Beschlüsse und Wahlen wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das von der Protokollführung, der Versammlungsleitung und dem Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden unterschrieben wird.

§14 Der Kreisvorstand

(1) Der Kreisvorstand besteht aus: dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem Schriftführer und optional einem oder mehreren Beigeordneten

(2) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so wird die Nachwahl vom nächstfolgenden Kreisparteitag vorgenommen. Die so nachgewählten Personen führen ihr Amt für den verbleibenden Rest der Amtszeit des Kreisvorstandes. Scheiden der Vorsitzende oder der Schatzmeister aus ihren Ämtern aus, so bestellt der Kreisvorstand unverzüglich kommissarisch einen Vorsitzenden oder Schatzmeister aus den vorhandenen Mitgliedern des Kreisvorstandes. Reduziert sich durch das Ausscheiden des Vorstandsmitglieds die Zahl der Vorstandsmitglieder unter 2 ist unverzüglich vom verbleibenden Vorstand, bzw. vom Vorstand der nächsten übergeordneten Gebietsgliederung ein außerordentlicher Kreisparteitag einzuberufen.

(3) Der Kreisvorsitzende, sein Stellvertreter und der Kreisschatzmeister bilden den geschäftsführenden Vorstand. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Kreisverband nach innen und außen.

(4) Die Anzahl der Beigeordneten wird vom Kreisparteitag vor der Wahl des Vorstandes für die folgende Amtsperiode beschlossen.

§15 Aufgaben des Kreisvorstandes

(1) Der Kreisvorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes nach den Beschlüssen des Kreisparteitages unter Beachtung der politischen und organisatorischen Richtlinien der Piratenpartei Deutschland. Die Beschlüsse sind verbindlich, wenn sie nicht von einem Kreisparteitag aufgehoben oder geändert werden.

(2) Der Kreisvorstand ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder, zumindest aber zwei, anwesend ist.

(3) Der Kreisschatzmeister ist berechtigt, gegen Ausgabenbeschlüsse, außerplanmäßigen Ausgaben oder solchen, die nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind, zu widersprechen. Diese Ausgaben dürfen dann nicht getätigt werden, es sei denn, der Kreisvorstand lehnt mit 2/3 Mehrheit aller Stimmberechtigten den Widerspruch ab und stellt den Kreisschatzmeister von der Verantwortung für diese Ausgabe frei.

(4) Der Kreisvorstand tagt öffentlich. Er kann mit Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder die Öffentlichkeit für einzelne Beratungsgegenstände ausschließen.

(5) Der Kreisvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung und veröffentlicht diese angemessen. Sie umfasst u.a. Regelungen zu:

Aufgaben und Kompetenzen der Kreisvorstandsmitglieder

Dokumentation der Sitzungen

virtuellen oder fernmündlichen Kreisvorstandssitzungen und

Form und Umfang des Tätigkeitsberichts

(6) Die Führung der Kreisgeschäftsstelle wird durch den Kreisvorstand beauftragt und beaufsichtigt.

(7) Der Kreisvorstand legt dem Kreisparteitag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vor. Dieser umfasst alle Tätigkeitsgebiete der Vorstandsmitglieder, wobei diese in Eigenverantwortung des Einzelnen erstellt werden. Wird der Kreisvorstand insgesamt oder ein Vorstandsmitglied nicht entlastet, so kann der Kreisverband gegen ihn Ansprüche geltend machen. Tritt ein Vorstandsmitglied zurück, hat dieses unverzüglich einen Tätigkeitsbericht zu erstellen und dem Kreisvorstand zuzuleiten.

§16 Einberufung des Kreisvorstandes

Die Sitzungen des Kreisvorstandes werden vom Vorsitzenden, im Verhinderungsfalle von einem anderen Vorstandsmitglied, nach Bedarf oder auf Verlangen unter Begründung von einem Drittel der Mitglieder des Kreisvorstandes oder von einem Ortsverband einberufen. Die Ladungsfrist beträgt 7 Tage. Der Kreisvorstand tritt in seiner Amtsperiode mindestens zweimal zusammen.

§17 Ehrenvorsitzende

Der Kreisparteitag kann auf Vorschlag des Kreisvorstandes Ehrenvorsitzende wählen.

IV. Beitrags- und Finanzordnung

§18 Allgemeine Vorschriften

Die Partei deckt ihre Aufwendungen durch Mitgliedsbeiträge, Sonderbeiträge, Umlagen, Spenden, Erträge aus Vermögen, Veröffentlichungen, Einnahmen aus Veranstaltungen sowie durch sonstige Einnahmen.

§19 Beitragsordnung

(1) Die Mitgliedsbeiträge werden von der Beitragsordnung der übergeordneten Verbände geregelt. Sonderbeiträge werden nicht erhoben.

(2) Der Kreisverband hat Anspruch auf Mitgliedsbeitragsanteile.

§20 Buchführung und Kassenprüfung

(1) Der Kreisschatzmeister hat für ordnungsgemäße Buchführung und Belegführung Sorge zu tragen.

(2) Er ist verpflichtet, jedem einzelnen der vom Kreisparteitag gewählten Rechnungsprüfer jederzeit vollen Einblick in die Buchhaltung des Kreisvorstandes zu gewähren.

(3) Am Schluss eines jeden Geschäftsjahres ist von den zwei Rechnungsprüfern die Kassen- und Rechnungsführung des Kreisverbandes sachlich und formal zu prüfen. Sie dürfen dem Kreisvorstand nicht angehören. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Rechnungsprüfern zu unterschreiben und unverzüglich von ihnen dem geschäftsführenden Kreisvorstand vorzulegen ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

(4) Der Kreisvorstand ist berechtigt, Finanzgebaren und Kassenverhältnisse bei den Untergliederungen durch von ihm Beauftragte überprüfen zu lassen.

(5) Für die Rechnungslegung gilt die Landessatzung entsprechend.

§21 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Kreisverbandes ist das Kalenderjahr.

V. Allgemeine Bestimmungen, Satzung

§22 Landesverband und Kreisverbände

(1) Der Kreisverband ist verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung und das Ansehen der Partei richtet. Beschlüsse der übergeordneten Gliederungen sind verbindlich.

(2) Der Kreisverband ist verpflichtet, vor Wahlabreden mit anderen Parteien oder Wählergruppen bei Wahlen, mit Ausnahme von Kommunalwahlen, sich mit dem Landesvorstand ins Benehmen zusetzen. Es gilt die Zustimmung des Landesparteitages.

(3) Die Untergliederungen sind bei Bedarf für durchzuführende Wahlabreden durch den Kreisverband zu unterstützen.

(4) Der Kreisvorstand muss die Rechte des Landesvorstandes gemäß der Landessatzung gewähren.

§23 Amtsdauer

(1) Die Wahl des Kreisvorstandes und der Rechnungsprüfer erfolgt jeweils für die Dauer eines Jahres. Die Amtsperiode dauert jedoch in jedem Falle bis zum ordentlichen Kreisparteitag im folgenden Kalenderjahr. Die Rechnungsprüfer dürfen in zwei aufeinander folgenden Amtsperioden nicht vollständig identisch sein.

(2) Ein Misstrauensantrag gegen den Kreisvorstand muss von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Kreisverbandes gestellt werden. Der Antrag ist zu begründen und bedarf der Schriftform. Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der Antragsberechtigten ist die Mitgliederzahl, die der Kreisverband in dem Monat vor dem Misstrauensantrag an den Landesverband als beitragspflichtig gemeldet hat. Die Einbringung als Dringlichkeitsantrag ist unzulässig.

(3) Der Kreisvorsitzende muss innerhalb einer Frist von 6 Wochen unter Einhaltung einer Ladungsfrist von zwei Wochen nach Zugang des Antrages einen außerordentlichen Kreisparteitag einberufen.

(4) Der außerordentliche Kreisparteitag kann dem Kreisvorstand das Misstrauen mit Mehrheit seiner abgegebenen gültigen Stimmen aussprechen. Damit ist dessen Amtszeit beendet. Der Kreisparteitag wählt in derselben Sitzung einen neuen Kreisvorstand.

(5) Die Amtsdauer eines so gewählten Vorstandes gilt nur bis zum nächsten ordentlichen Kreisparteitag, auf dem die Wahlen vorgenommen werden.

§24 Satzungsänderungen

(1) Die Satzung kann nur durch Beschluss des Kreisparteitages geändert werden, dieser muss den Wortlaut der Satzung ausdrücklich ändern oder ergänzen. Er bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Kreisparteitages.

(2) Änderungen der Satzung des Kreisverbandes kann der Kreisparteitag nur beschließen, wenn sie auf der Tagesordnung der Einladung bekannt gegeben worden sind.

§25 Verbindlichkeit und weitere Bestandteile der Satzung

(1) Die Satzung ist für alle Satzungen der Untergliederungen und Mitglieder des Kreisverbandes verbindlich.

(2) Die Satzung, die Geschäftsordnung, die Beitrags- und Finanzordnung der Bundespartei und die Satzung des Landesverbandes Hessen sowie die Schiedsgerichtsordnung der Piratenpartei Deutschland sind Bestandteil der Satzung des Kreisverbandes und gehen ihr vor, so wie die Satzung der Bundespartei wiederum der Landessatzung vorgeht.

§26 Salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder nach Inkrafttreten unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

(2) An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommen, die der Kreisparteitag mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt hat.

(3) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Satzung als lückenhaft erweist.

§27 Inkrafttreten

Diese Kreissatzung wurde auf dem Kreisparteitag vom 18. Februar 2012 in Darmstadt beschlossen und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Anlage 2

Geschäftsordnung des Kreisvorstands

§1 Allgemeines

1. Der Vorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung, sowie dieser Geschäftsordnung. Er arbeitet mit den übrigen Organen und Mitgliedern der Partei zum Wohle der Partei vertrauensvoll zusammen.
2. Jedes Vorstandsmitglied hat die Pflicht, den übertragenen Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen nachzukommen. Sollte ein Vorstandsmitglied seinen Aufgaben zeitweise nicht nachkommen können, so bestimmt der Vorstand einen Vertreter. In dringenden Fällen ist jedes Vorstandsmitglied zur Vertretung berechtigt und verpflichtet.
3. Jedes Vorstandsmitglied ist im Rahmen seiner Zuständigkeit allein zu Entscheidungen berechtigt. Je nach Schwere der Entscheidungen ist es angehalten sich vorher mit dem Rest des Vorstands zu beraten bzw. die Entscheidung gemeinsam zu treffen. Bei Überlappung der Kompetenzen entscheiden die betroffenen Vorstandsmitglieder gemeinsam. Entsprechend getroffene Entscheidungen sind zu protokollieren.

§2 Kompetenzbereiche der Vorstandsmitglieder

1. Vorsitzender: Dem Vorsitzenden obliegt die Leitung und Koordination des Vorstands und der Vorstandssitzungen, die Vertretung nach außen, sowie gegenüber dem Bundesverband, dem Landesverband und den anderen Kreisverbänden sowie untergeordneten Gruppierungen, die Vorbereitung von Wahlen, sowie die Koordination anfallender Aufgaben.
2. Stellvertretender Vorsitzender: Der Stellvertretende Vorsitzende unterstützt den Vorsitzenden bei seinen Aufgaben und kann in Absprache auch eine Teilmenge davon eigenverantwortlich übernehmen.
3. Schatzmeister: Dem Schatzmeister obliegt die alleinige Zuständigkeit für Finanzangelegenheiten.
4. Schriftführer: Der Schriftführer ist verantwortlich für die Führung von Protokollen auf den Vorstandssitzungen und anderen Veranstaltungen des Kreisverbandes, die die Führung eines Protokolls bedürfen. Darüber hinaus ist er verantwortlich für die öffentliche Bekanntmachung der von ihm geführten Protokolle.
5. Beisitzer: Die Beisitzer unterstützen die Vorstandsmitglieder bei der Erfüllung der angegebenen Aufgaben selbständig. Die anderen Vorstandsmitglieder können Aufgaben an Beisitzer delegieren.

§3 Vertretung gegenüber Banken und sonstiger Finanzinstitute

1. Der Schatzmeister vertritt den Kreisverband gegenüber Banken und sonstiger Finanzinstitute alleine. Er ist berechtigt, alleine zu verfügen.
2. Der Schatzmeister informiert den Kreisvorstand auf den Vorstandssitzungen und erstellt regelmäsig Berichte (mindestens vierteljährlich), die im Wiki veröffentlicht werden.
3. Ist der Schatzmeister verhindert und hat er ein anderes Vorstandsmitglied als Vertreter bestimmt, so ist dieses Vorstandsmitglied alleine vertretungsberechtigt. Die Vertreterregelung ist dem Vorstand anzuzeigen. Hat der Schatzmeister keinen Vertreter bestimmt, so bestimmt der Vorstand einen Vertreter aus dem Vorstand. Der Schatzmeister ist für die Handlungen des Vertreters nicht haftbar.
4. Für Ausgaben über 100 Euro ist eine Zustimmung des Kreisvorstandes erforderlich.

§4 Entscheidungsfindung

1. Alle Entscheidungen im Vorstand werden mit absoluter Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen.
2. Beschlüsse des Vorstands sind schriftlich fest zu halten und zu veröffentlichen.
3. Jeder Pirat des Kreisverbandes ist berechtigt, Anträge an den Vorstand zu stellen. Anträge an den Vorstand können eingereicht werden:

- a) in Textform an den Vorstand vorstand@piratenpartei-darmstadt.de
- b) in Textform über die Eingabemaske im Wiki
- c) persönlich oder in Beauftragung auf einer offen Vorstandssitzung

- 4. Beschlussfassungen im Umlaufverfahren sind möglich.
- 5. Alle finanzrelevanten Beschlüsse sind von mindestens 2 geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

§5 Vorstandssitzungen

- 1. Vorstandssitzungen finden in der Regel wöchentlich, mindestens jedoch quartalsweise statt. Die Termine werden spätestens eine Woche im Voraus schriftlich angekündigt.
- 2. Fernmündliche Vorstandssitzungen sind zulässig. Diese werden wie ordentliche Vorstandssitzungen behandelt.
- 3. Von jeder Vorstandssitzung wird ein Protokoll erstellt und im Umlaufverfahren von den Anwesenden genehmigt. Das Protokoll enthält das individuelle Abstimmverhalten der Vorstandsmitglieder.
- 4. Alle Protokolle sind von mindestens 2 geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.
- 5. Gästen der Vorstandssitzung kann Rederecht erteilt werden.

§6 Tätigkeitsbericht

- 1. Jedes Vorstandsmitglied ist verpflichtet, einen Tätigkeitsbericht anzufertigen und diesen dem Kreisparteitag vorzustellen. Die Tätigkeitsberichte werden anschließend im Rahmen des Protokolls veröffentlicht. Nicht wiedergewählte Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, mit Beendigung Ihres Amtes alle im Rahmen ihrer Parteitätigkeit gesammelten Daten (Arbeitsergebnisse, Dokumente, Kontaktdaten - sofern vom Kontakt genehmigt -, offiziellen Schriftverkehr etc.) an ihren gewählten Nachfolger zu übergeben.
- 2. Der Tätigkeitsbericht umfasst die Tätigkeit des jeweiligen Vorstandsmitglieds im Rahmen der ihm in dieser Geschäftsordnung zugewiesenen Kompetenzen und Vertretung anderer Vorstandsmitglieder. Optional kann der Tätigkeitsbericht weitere Tätigkeiten des Vorstandsmitglied im Rahmen seiner Parteiarbeit enthalten.
- 3. Jedes Vorstandsmitglied hat den Umfang seines Tätigkeitsberichts in angemessener Weise zu begrenzen.

§7 Verwaltung der Mitgliederdaten

- 1. Die primäre Verwaltung der Mitgliederdatenbank erfolgt durch die Bundesgeschäftsstelle. Der Vorstand bestimmt ein Vorstandsmitglied, dem die Aufgabe, die Mitgliederdaten zu pflegen, primär obliegt.
- 2. Jedes Vorstandsmitglied hat Zugriff auf die Mitgliederdaten.
- 3. Eine Weitergabe von Mitgliederdaten an nicht zugriffsberechtigte Personen ist untersagt. Jeder Zugriffsberechtigte hat dafür Sorge zu tragen, einen Zugriff durch nicht zugriffsberechtigte Personen auszuschließen.

§8 Sonstiges

- 1. Jedes Vorstandsmitglied ist angehalten, sich für den Umgang mit sensiblen Daten mit den Grundlagen der Public-Key-Verschlüsselung auseinanderzusetzen und dem Rest des Vorstands seinen öffentlichen Schlüssel zu Verfügung zu stellen.